



Julika Selinger-Schreiben, Reinhold König, Gisela Floegel, Richard Mergner, Kathy Mühlebach-Sturm, Paul Riederer und Ulrich Kaltenecker wollen gemeinsam den Bau der B15neu an der A92 stoppen. Foto: cw

Hoffen auf den Papierkorb

Gegen Flächenfraß und Artenschwund: BN fordert Stopp der B15neu

Seit mehr als fünf Jahrzehnten plant der Freistaat Bayern, die Fernstraßen A3 und A8 durch den Neubau der Bundesfernstraße B15neu zu verbinden. Ende 2019 soll sie provisorisch bei Ohu an die A92 angeschlossen werden. Jetzt spricht sich der Bund Naturschutz dafür aus, dass die B15neu auch dort enden soll. „Der hohe Flächenverbrauch, der Artenverlust und die Zerschneidung von wertvoller Kultur- und Naturlandschaft ist nicht hinnehmbar“, sagte Richard Mergner, BN-Landesvorsitzender.

„Wir würden das Projekt B15neu gerne dort sehen, wo es aus unserer Sicht schon lange hingehört – nämlich in den Papierkorb“, sagte Mergner gestern bei einer Pressekonferenz im Gasthaus „Zur Insel“. Die Bedingungen dafür seien mit der neuen Landesregierung noch nie so gut gewesen wie jetzt. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten, dass der Flächenverbrauch halbiert werden soll und auch die Energie- und Verkehrswende steht auf der Agenda. Auch das bayerische Klimaschutzgesetz und der Weltklimavertrag auf Bundesebene halten fest, dass es eine Reduzierung der Emissionen im Verkehrsbereich braucht, so Mergner.

Verkehrswegeplan muss überprüft werden

„Und als Höhepunkt kommt dann ein Volksbegehren, bei dem sich 1,7 Millionen Menschen für die Rettung der Artenvielfalt eingesetzt haben“,

so der BN-Landesvorsitzende. Um diese Ziele alle zu erreichen, sei es unabdingbar den Verkehrswegeplan und damit auch die „verkappte Autobahn B15neu“ zu überdenken. „Wir appellieren eindringlich, dass jetzt Schluss ist und dass ein Brückenschlag über die Isar mit einer B15neu nicht stattfindet.“

Ausbau der Radwege und des ÖPNV gefordert

Auch Gisela Floegel, Vorsitzende der „Gemeinschaft der Betroffenen und Gegner der B15neu“, steht hinter dieser Forderung: „Wie neueste Verkehrsprognosen belegen, dient weder der erste Bauabschnitt über die Isar noch ein Weiterbau mit Anschluss an die B299 oder B15 der wirksamen Verkehrsentslastung der Stadt Landshut.“ Es gelte jetzt andere Wege zu finden, um das innerstädtische Verkehrsproblem zu lösen. „Wir setzen uns für eine umweltverträgliche Mobilität ein, weil wir die Belastung von Mensch und Natur verringern und Flächenzerstörung reduzieren möchten“, sagte Kathy Mühlebach-Sturm, Vorsitzende der BN-Kreisgruppe Landshut. Die Mobilität müsse gewährleistet sein und dafür sei es essenziell, den öffentlichen Verkehr auszubauen. „Mit der Schaffung des LaVV ist jetzt ein – erster – Schritt getan, aber es braucht natürlich noch eine bessere Taktung“, so Mühlebach-Sturm. Für eine innerstädtische Verkehrsentslastung müssen aus Sicht des Bund Naturschutz aber auch Stadtteile besser mit

Fuß- und Radfahrerbrücken verbunden werden.

„Die vom Staatlichen Bauamt Landshut vorgesehene Fortsetzung der B15neu bis zur Staatsstraße LA 14 bei Dirnau ist stadtfremd“, erklärte Paul Riederer, Ehrenvorsitzender der BN-Kreisgruppe Landshut. Der problematische Ziel- und Quellverkehr lasse sich so nicht aus Landshut auf diesen Straßenabschnitt verlagern. Als Alternative zur Fortsetzung der B15neu schlug Riederer erneut den Bau einer stadtnahen „Osttangente“ mit Anbindung an die bestehende B15 sowie an die innerstädtische B299 vor.

Dass Landshut ein Verkehrsproblem hat, ist schwer von der Hand zu weisen. Aber: „Die Stadt Landshut wird ihr Verkehrsproblem allein lösen müssen“, sagte Reinhold König, Mitglied im BN-Landesarbeitskreis Verkehr. Zahlen von 2015 würden belegen, dass der Schwerverkehrsanteil der insgesamt 5500 Fahrzeuge pro Tag in fünf Jahren von 11,1 Prozent auf 8,8 Prozent zurückgegangen sei. „Diese Verkehrszahlen der amtlichen Statistiken rechtfertigen keine regionale Notwendigkeit für den Neubau einer Bundesfernstraße B15neu parallel zur bestehenden B15.“

Sinnvoller sei es, künftig mehr Güter von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Vor allem deshalb, weil die Städte und Landkreise südlich von Landshut sich politisch entschieden hätten, auf den Neubau einer Bundesfernstraße B15neu zu verzichten und die alte B15 auszubauen. -cw-